

Herr Bundeskanzler
Sebastian Kurz
Bundeskanzleramt
Ballhausplatz 2
1010 Wien

Wien, am 11. Dezember 2018

- Tagung des Europäischen Rates vom 13. bis 14. Dezember 2018 in Brüssel: Mehrjähriger
- Finanzrahmen

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler!

Anlässlich der Tagung des Europäischen Rates vom 13. bis 14. Dezember 2018 in Brüssel, wenden wir uns als entwicklungspolitischer Dachverband zivilgesellschaftlicher Organisationen an Sie und wollen Ihnen unsere gemeinsamen Anliegen zum Mehrjährigen Finanzrahmen der EU (MFF) 2021-2027, insbesondere Rubrik VI - „Nachbarschaft und die Welt“ übermitteln.

Mit großer Besorgnis verfolgen wir die Entwicklungen und Diskussionen des neuen EU Budgets, dem mehrjährigen Finanzrahmen der EU (MFF), besonders das Instrument unter Rubrik VI zu „Nachbarschaft und die Welt“, welches unter anderem für die Entwicklungspolitik zuständig ist. Unserer Ansicht nach entspricht die vorgeschlagene Zuweisung der Mittel nicht den Prioritäten der Entwicklungszusammenarbeit der EU und ihrem vorrangigen Ziel, der Armutsbekämpfung. Weiters ist es uns ein wesentliches Anliegen, dass die Mittel für die thematische Säule nicht gekürzt werden, denn dadurch würden weniger Ressourcen für Maßnahmen zu globalen Herausforderungen für die Menschen, den Planeten, den Wohlstand und Partnerschaften zur Verfügung stehen.

Der nächste Mehrjährige Finanzrahmen der Europäischen Union sollte bewusst auf die globalen Herausforderungen aller Menschen eingehen, um sicher zu stellen, dass ein gutes Leben für alle im Sinne der Agenda 2030 und deren 17 nachhaltigen Zielen möglich ist. Der Beitrag der Europäischen Union dazu sollte daher verstärkt werden und besonders für Entwicklungszusammenarbeit, Klimawandel, humanitäre Hilfe, Einhaltung der

Menschenrechte, Demokratie und Friedenssicherung im MFF unter der Rubrik VII umgesetzt werden.

Zu den Diskussionen um den Entwurf des MFF und der Rubrik VII, die anlässlich des Europäischen Rates diese Woche in Brüssel stattfinden, ersuchen wir Sie daher die folgenden Empfehlungen in der Ratssitzung einzubringen:

- Die Mittel unter der Rubrik VII – „Nachbarschaft und die Welt“ – sollten gleichbleiben, jedoch **mindestens 10% des gesamten MFF Rahmens ausmachen**, um sicher zu stellen, dass die Einbettung des Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) in den MFF **nicht zu einer Senkung der Mittel für die AKP Staaten** führt.
- Das Bekenntnis der EU-Mitgliedsstaaten, **0.7 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) für Entwicklungszusammenarbeit** aufzuwenden, einzuhalten.
- Das Bekenntnis des Europäischen Rates vom Februar 2013 **mindestens 90% der Externen Hilfe als ODA** im MFF (2014-2020) auszugeben und dieses auch innerhalb des neuen Instruments unter Rubrik VII – „Nachbarschaft und die Welt“ anzuwenden.

Bitte finden Sie anbei einen gemeinsamen Brief der europäischen Verbände CONCORD, EPLO, Voice, Climate Action Now Europe und Eurodad, welcher konkrete Empfehlungen zu diesen Punkten enthält.

Wir hoffen, dass Sie unsere Anliegen beim Europäischen Rat diese Woche berücksichtigen können, freuen uns auf eine Rückmeldung und stehen gerne jederzeit für Nachfragen zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Mag.^a Annelies Vilim
Geschäftsführerin AG Globale Verantwortung

Beilage:

CONCORD Brief vom 4. Dezember 2018